

Geo- und sicherheitspolitische Bildung

SEMINARPROGRAMM 2026

• LEISTUNGSBESCHREIBUNGEN •



HAUS RISSEN
HAMBURG

DEMOKRATIE BRAUCHT RAUM

Europa und die Bedrohung durch Russland

I. Die Herausforderung durch die Russische Föderation

Russland und Europas Ostgrenze

Revisionismus, russische Narrative und Herausforderungen für Europa

Dieser Vortrag wirft einen Blick auf Russlands imperiales Erbe und stellt die Frage, ob die Russische Föderation ein „normaler“ Staat im westlich verstandenen Sinne ist und welches Verhältnis Russland aus eigener Sicht auf seine westlichen Nachbarn in Mittel- und Osteuropa hat. Welche Ansprüche leiten sich daraus ab, die Ordnung Europas mitbestimmen zu wollen?

Zudem wird ein intensiver Blick auf die deutsche Russlandpolitik der letzten 30 Jahre geworfen, wobei anhand zentraler Ereignisse dargestellt wird, wie sich das Verhältnis geändert hat und wo zentrale Politikfehler begangen wurden. Auch wird die Frage aufgeworfen, ob wir eine falsche Bedrohungswahrnehmung haben. Plant Russland einen großangelegten Angriff auf NATO-Gebiet oder beabsichtigt Moskau lediglich, den Osten der Ukraine zu kontrollieren, so dass die gegenwärtig getroffenen Maßnahmen zur Stärkung der eigenen deutschen Verteidigungsfähigkeiten überzogen sind? Anhand nachrichtendienstlicher Erkenntnisse zu den russischen Bestrebungen wird diese Frage aktiv diskutiert. Zuletzt werden Faktoren betrachtet, die relevant für die eigene Abschreckungsfähigkeit sind, um zu bewerten, ob die Bundesrepublik gut aufgestellt ist, um einer möglichen russischen Aggression zu begegnen.

Russland als geopolitischer Akteur

Selbstverständnis einer verletzten Großmacht

Das Bild Russlands in Deutschland ist seit einigen Jahren im Wandel und wird kontrovers diskutiert. Ist Russland eine Supermacht, eine Weltmacht oder eine Regionalmacht, wie US-Präsident Barack Obama die Russische Föderation einst bezeichnete? Welche Indikatoren können herangezogen werden, um diese Frage zu beantworten?

Ziel dieses Vortrags ist es, die russische Weltsicht, historische Traumata und die Wahrnehmung der Geschichte des 20. Jahrhunderts aus Moskaus Sicht aufzuzeigen. Diese Wahrnehmung ist geprägt von dem Gefühl der Verletzlichkeit aufgrund der Erfahrungen mit Napoleons Russlandfeldzug 1812 und dem Einmarsch der Wehrmacht 1941. Die geografischen Gegebenheiten in Osteuropa fördern stark dieses Gefühl eigener Verwundbarkeit, was die russische Neigung erklärt, Ostmitteleuropa als eigene Pufferzone zu sehen. Auch der Untergang der Sowjetunion zu Beginn der 1990er Jahre wird in Moskau anders betrachtet als in Westeuropa. Steht im deutschen Fokus die friedliche Wiedervereinigung, werden in Russland die Wendejahre als Zeit betrachtet, in der ein Imperium verloren ging. Dieses unbewältigte Trauma spielt bis zum heutigen Tag eine entscheidende Rolle bei der Definition russischer außenpolitischer Interessen und manifestiert sich in Wladimir Putins Aussage aus dem Jahr 2005, der Zerfall der Sowjetunion sei die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts gewesen.

Das System Putin

Machtambitionen und imperiales Denken

Aufgrund einer Verfassungsreform aus dem Sommer 2020 könnte Wladimir Putin bis 2036 Präsident der Russischen Föderation bleiben. Insofern lohnt es sich, die Rolle Putins und dessen Weltsicht genauer zu betrachten. Wo kommt er her, was prägte ihn in seiner Zeit

als Offizier des KGB in Dresden zur Zeit des Mauerfalls, und welche Rolle spielt sein Umfeld aus der Leningrader Zeit? Im Anschluss beschäftigt sich der Vortrag maßgeblich mit zwei Konstanten im Denken Putins: dem Imperium und dem Krieg. Beides sind wichtige Elemente, um zu verstehen, wie Putin die untergegangene Sowjetunion betrachtet, welche Rolle er für Russland in der Gegenwart und Zukunft sieht und welche Mittel er einzusetzen bereit ist, um seine Ziele zu erreichen.

Zum Abschluss werden weitere Personen aus Putins Umfeld genauer betrachtet. Dabei wird auch aufgezeigt, inwiefern das politische System Russlands immer autoritärer auf die Person Putins zugeschnitten wird, so dass andere Akteure über die Rolle von Statisten kaum hinauskommen. Dies erlaubt eine Prognose, wie sich das politische System in Russland in den nächsten Jahren weiter entwickeln könnte und ob überhaupt ein „Kronprinz“ für die Zeit nach Putin in Sicht ist.

Der Krieg gegen die Ukraine

Zentrale Herausforderungen für die europäische Sicherheit

Woher kommt die Ukraine eigentlich historisch, und ist die „Kiewer Rus“ wirklich der Ursprung einer gemeinsamen russischen und ukrainischen Identität? Zu Beginn wird ein Blick auf diese Fragen geworfen, um anschließend in die jüngere Vergangenheit überzuleiten und sich sowohl Verträge zwischen den beiden Staaten aus der Zeit nach der Unabhängigkeit der Ukraine 1991 wie das Budapester Memorandum anzuschauen als auch Friedensbemühungen aus der Zeit des Kriegsbeginns 2022 wie die Verhandlungen in Istanbul kritisch zu betrachten. Was wurde in der Türkei besprochen, und verhinderte der Westen wirklich eine rasche Beendigung des Krieges, wie pro-russische Akteure behaupten?

In einem zweiten Teil werden mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Möglichkeiten zur Beendigung des Kriegs erörtert. Welche Szenarien sind denkbar, und welche Konsequenzen hätte das für die deutsche Sicherheitspolitik? Wie sind die US-Bemühungen um einen Frieden unter Präsident Donald Trump zu bewerten und welchen Einfluss haben die Europäer noch? Die Antworten auf diese Fragen sind relevant, um Politikoptionen für Berlin vor dem Hintergrund globaler Machtverschiebungen zu entwickeln.

Mythos „NATO-Osterweiterung“

Russische Narrative in Deutschland und ihre Verbreitung in sozialen Medien

Dass angeblich die NATO in den Wendejahren 1989-91 der Sowjetunion versprochen habe, sich nicht „einen Zoll“ nach Osten zu erweitern, ist in pro-russischen sozialen Medien ein entscheidendes Narrativ, um den Krieg Moskaus gegen die Ukraine zu rechtfertigen. Doch was wurde damals zwischen den USA und der Sowjetunion wirklich besprochen, und wann kam das Thema der Osterweiterung der NATO erstmals auf? Welche Aussagen trafen die entscheidenden Akteure in den USA, der Sowjetunion, Deutschland, aber auch in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei damals?

In einem zweiten Teil wird dieses Narrativ als Ausgangspunkt verwendet, um die Funktionsweise von Fake News und Desinformationen in deutschsprachigen sozialen Medien zu analysieren. Es werden mehrere Beispiele für pro-russische Fake News gezeigt und zentrale Akteure der Verbreitung nicht nur aus dem rechten und linken Spektrum, sondern auch aus der Mitte der Gesellschaft vorgestellt. Abschließend wird auch ein Blick auf Deep Fakes und KI-generierte Fakes geworfen, um darzulegen, welche Bedrohungen für Desinformationskampagnen in der Zukunft aus dieser Richtung drohen.

II. Kollektive Sicherheit und Bündnisverteidigung

Mission Gesamtverteidigung

Von Integrierter Sicherheit zu Kriegstüchtigkeit?

Seit der Vollinvasion der Ukraine durch Russland häufen sich die Nadelstiche gegen Deutschland und Europa. Neben rhetorischen Drohgebärden aus dem Kreml lassen sich vermehrt hybride Maßnahmen beobachten, die sich beispielsweise mittels Sabotage und Spionage gegen kritische Infrastruktur richten oder durch Desinformation die öffentliche Meinung zu beeinflussen versuchen. Angesichts dessen ist es nicht mehr völlig ausgeschlossen, dass sich die Mitgliedstaaten von EU und NATO früher oder später eines wie auch immer gearteten Angriffes erwehren – oder sich zumindest auf den anzunehmenden Ernstfall vorbereiten – müssen. Bei diesen Überlegungen gerät neben militärischen Erwägungen auch die Notwendigkeit ziviler Verteidigung und eines verstärkten Bevölkerungsschutzes in den Fokus.

Ausgangspunkt der Seminareinheit sind zunächst die allgemeinen sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen sowie die Eckpfeiler der strategischen Überlegungen im Zusammenhang der 2022 ausgerufenen „Zeitenwende“ und der damit verbundenen Neuausrichtung deutscher Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Darauf aufbauend beleuchten wir, welche Anforderungen im Verteidigungsfall an Militär, Staat und Gesellschaft gestellt werden, welche Vorbereitungen zu treffen sind und wie sich die rechtlichen Rahmenbedingungen zwischen Frieden, Spannungs- und Verteidigungsfall darstellen. Abschließend werden Möglichkeiten diskutiert, wie gesamtstaatliche Resilienz und Verteidigungsfähigkeit gestärkt werden können.

Die NATO-Ostflanke

Spannungen im Baltikum und im Ostseeraum

Lange Zeit wurden die regelmäßig wiederkehrenden mahnende Worte insbesondere der baltischen Staaten vor einer zunehmenden Aggression Russlands in weiten Teilen Europas nicht ernst genommen – darunter auch in Deutschland. Mittlerweile spitzt sich die Lage im gesamten Ostseeraum zu: Wichtige unterseeische Kabelverbindungen werden Ziel von Sabotage, Verletzungen des Luftraums von Anrainerstaaten häufen sich, Grenzen werden fortwährend ausgetestet. Der Schutz ihrer Ostflanke – in weiten Teilen unmittelbare Kontaktzone zur Russischen Föderation – wird für die NATO zunehmend zur zentralen Herausforderung für die Herstellung kollektiver Sicherheit und die Bereitschaft zur Bündnisverteidigung.

In der Seminareinheit stehen Fragen im Vordergrund, die die strategische Bedeutung der NATO-Ostflanke für die Bündnisverteidigung in Europa betreffen. Darüber hinaus spielen politische Erwägungen eine zentrale Rolle, die sowohl auf substanzielle als auch symbolische Beiträge Deutschlands zur Präsenz der NATO im Osten Europas und zur kollektiven Verteidigungsbereitschaft abzielen. Eingebettet wird dies in eine Einordnung historischer und politischer Rahmenbedingungen, die vor allem die baltischen Länder, aber auch den Ostseeraum im Allgemeinen berühren. Ziel ist es, die Hintergründe für das verteidigungspolitische Engagement Deutschlands im Baltikum verständlich zu machen und über die Anforderungen zu diskutieren, die sich daraus für die deutschen Streitkräfte ergeben.

Europas Sicherheitsordnung 3.0

Perspektiven europäischer Sicherheitspolitik

Europa im Jahr 2035. In der vergangenen Dekade haben geopolitische Entwicklungen und darauf aufbauende politische Entscheidungen und Reaktionen zur Herausbildung einer neuen europäischen Sicherheitsordnung beigetragen. Während Russland für Europa nach wie vor bedrohlich wirkt, stellen sich aus westlicher Sicht entscheidende Fragen: Stehen die USA zu ihrer Bündnisverpflichtung und ihrem Engagement auf dem europäischen Kontinent? Welche Rolle spielen die NATO oder die EU für die kollektive Sicherheit in Europa? Und wie geschlossen und entschieden sind die Europäer bei der Sicherstellung ihrer eigenen Verteidigungsfähigkeit? Die Antworten darauf stellen entscheidende Weichen für die Ausgestaltung und Beschaffenheit einer gemeinsamen Sicherheitspolitik in Europa.

Gegenstand der Seminareinheit ist die vertiefte Beschäftigung mit verschiedenen Szenarien, wie eine mögliche europäische Sicherheitsarchitektur der Zukunft aussehen könnte. Diskutiert werden dabei unter anderem unterschiedliche Variablen, die Wahrscheinlichkeiten ihres Eintretens und die Konsequenzen, die sich aus der daraus entstehenden Sicherheitsordnung für die beteiligten Akteure ergeben. Gefragt sind hierbei strategisches Denken und die systematische Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Handlungsoptionen und ihren Folgen.

Nuklearwaffen und atomare Abschreckung

Nukleardoktrinen, (Ab-)Rüstung und Rüstungskontrolle

In der Weltgeschichte gab es bislang nur einen einzigen Einsatz von Nuklearwaffen: den Abwurf zweier Atombomben auf Japan 1945 durch die USA. Das ist 75 Jahre her. Dennoch werden Nuklearwaffen als Massenvernichtungswaffen eingestuft, was vor dem Hintergrund verständlich ist, dass das Arsenal der Atomwaffenstaaten ausreicht, um die Welt mehrere Male vollständig zu vernichten. Es stellt sich somit die Frage, welche Rolle Nuklearwaffen spielen – sowohl militärisch als auch politisch.

Der Unterrichtsblock ist in drei aufeinander aufbauende Komplexe eingeteilt. Zunächst werden die physikalischen Grundbegriffe erklärt. Es wird erläutert, wie eine Atomwaffe funktioniert und auf welchen physikalischen Annahmen sie basiert. Anschließend verdeutlicht in einem zweiten Block ein Blick in die Geschichte des Kalten Krieges, welche Bedeutung Nuklearwaffen zukam, obwohl es nie einen Einsatz gab. Im Zentrum dieses Überblicks stehen dabei sowohl die Doktrin der „gegenseitig zugesicherten Vernichtung“ („mutually assured destruction“ – MAD) als auch die Bemühungen um Abrüstung und Rüstungskontrolle vom Ende des Kalten Krieges in den 1980er Jahren an bis in die Gegenwart. Ein abschließender dritter Block wirft ein Licht auf die nukleare Teilhabe Deutschlands und die Bedeutung Deutschlands als „virtueller Nuklearwaffenstaat“ ohne Besitz eigener Atomwaffen und geht der Frage nach, ob Nuklearwaffen als Mittel der Abschreckung noch sinnvoll oder ob sie angesichts veränderter Bedrohungsszenarien obsolet sind. Hierbei wird auch ein Blick auf die Bemühungen auf Ebene der Vereinten Nationen um ein allgemeines Verbot von Nuklearwaffen geworfen.

III. Akteure und Konflikte jenseits von Europa

Die USA unter Trump

Die inneren Brüche einer Supermacht

Donald J. Trump läutete einen Kurswechsel amerikanischer Außen- und Innenpolitik ein. Die Wahl zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika im Jahr 2016 veränderte das Land selbst nicht nur massiv, sondern basierte auch auf enormen Veränderungen in der US-amerikanischen Gesellschaft. Seine Wiederwahl im Jahr 2024 vertiefte dann nur noch innenpolitische Konfliktlinien und stellt die US-amerikanische Demokratie vor epochale Herausforderungen. Wie kam es dazu, dass sich die amerikanischen Bürgerinnen und Bürger für Donald J. Trump entschieden haben, welche gesellschaftlichen Entwicklungen bedingten die Ausbildung von MAGA („Make America Great Again“) und was verändert die zweite Trump-Administration jetzt innenpolitisch?

Diese Seminareinheit beleuchtet die Entwicklung der amerikanischen Gesellschaft hinsichtlich Konfliktlinien und Spannungen, die das Leben „unter Trump“ prägen und das Land nachhaltig verändern. Welche Schlüsse können gezogen werden, welche Verbindungen gibt es zu innerdeutschen und innereuropäischen Themen und wie prägt die US-amerikanische Innenpolitik außenpolitische Realitäten?

Die Außenpolitik der USA

Vom ‚pivot to Asia‘ zum neuen Isolationismus

Die „Hinwendung nach Asien“ („Pivot to Asia“), welche unter der Obama-Administration ausgerufen wurde, veränderte den außenpolitischen Fokus der Vereinigten Staaten von Amerika nachhaltig und prägt die internationale Ordnung bis heute. Die USA präsentieren sich seitdem als pazifische Nation, was in Teilen Europas als Absage an das transatlantische Bündnis gewertet wird. Klar war von nun an, dass man sich in seiner sicherheitspolitischen Rolle auf den Akteur der Volksrepublik China als Herausforderer einer amerikanischen Vormachtstellung konzentrieren wollte. Die Wahl Donald J. Trumps zum 45. Präsidenten der USA bedeutete einen erneuten außenpolitischen Kurswechsel, der sich über Handelskriege, regressive Zollpolitik bis hin zur Kritik an der Europäischen Verteidigungsfähigkeit und der Lastenteilung innerhalb der NATO erstreckt.

Die zweite Amtszeit von Donald J. Trump brachte dann einen neuen Isolationismus der USA mit sich. Unter dem Motto „Amerika first“ wurden sowohl geoökonomische Konflikte durch eine erratische Handelspolitik befeuert als auch eine Absage und Verunsicherung traditioneller Partnerschaften erzeugt. Die aktuelle Sicherheitsstrategie der USA verdeutlicht dies anschaulich. Russland wird nicht als Aggressor genannt, die Europäische Union hingegen steht klar im Fokus. Sinkende Geburtenraten, eingeschränkte Meinungsfreiheit und fehlender nationaler Ehrgeiz in Europa seien Grund zur Sorge in Amerika. Was ist mit dieser Darstellung beabsichtigt, wie wird damit das transatlantische Bündnis geprägt und welche Auswirkungen hat dieser neue Fokus auf die Gestaltung der internationalen Ordnung? Neben einer historischen Rückschau werden in dieser Seminareinheit die Auswirkung für die Bundesrepublik Deutschland und Europa thematisiert, die sich aus der Veränderung der US-amerikanischen Außenpolitik ergeben.

China unter Xi Jinping

Auf dem Weg zum totalitären Staat?

Mit dem Amtsantritt Xi Jinpings im Jahr 2013 wandelte sich China auf bemerkenswerte Weise. Nach Jahrzehnten einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik gepaart mit

außenpolitischer Zurückhaltung wurde China reicher, mächtiger, aber auch autoritärer. Mehr und mehr vermochte es Xi, aus der Einparteiherrschaft der Kommunistischen Partei (KPCh) nahezu eine Einmannherrschaft zu formen, wobei er seinen weltpolitischen Gestaltungsanspruch mittlerweile offen heraus formuliert. Unterdessen steht die Bevölkerung Chinas unter zunehmender Kontrolle und Überwachung des Staates, deren Legitimation bislang noch durch das erfolgreiche „Wiederaufblühen der chinesischen Nation“ erkaufte werden kann. Doch wie stabil ist das System chinesischer Prägung unter Xi noch?

Die Seminareinheit trägt dazu bei, ein tieferes Verständnis über das Reich der Mitte zu entwickeln. Dazu wird den Grundlagen der kommunistischen Herrschaft und den wirtschaftspolitischen Erfolgsrezepten nachgegangen, mit denen es China innerhalb weniger Jahrzehnte schaffte, sich vom bitterarmen Entwicklungsland zu einer hochmodernen Weltmacht hochzuarbeiten. Der institutionelle Aufbau des Regimes wird genauso beleuchtet wie die Maßnahmen, mit denen die Herrschaft der KPCh zementiert und Staat, Wirtschaft und Gesellschaft kontrolliert werden. Darüber hinaus wird diskutiert, wie mit einem Staat umgegangen werden sollte, der zunehmend totalitäre Tendenzen aufweist, und welche Bedeutung Menschenrechte und Demokratie in den Beziehungen zu China haben sollten.

Die Außenpolitik der Volksrepublik China

Interessen, Strategien und Fähigkeiten einer neuen Supermacht

Die Volksrepublik China gehört heute unbestritten zu den wenigen Staaten, die global über einen gewaltigen politischen und wirtschaftlichen Einfluss verfügen. Chinas Interessen und machtpolitische Ambitionen prägen das Weltgeschehen und beeinflussen das politische Agieren anderer Länder. Gestützt auf ein einzigartiges, selbstbewusstes Weltbild und grundlegende außenpolitische Handlungsprinzipien treibt es seine geopolitischen Vorhaben strategisch voran, um seinem Anspruch als Weltmacht (mindestens) auf Augenhöhe mit den USA Geltung zu verleihen. Diese Abkehr vom Prinzip der außenpolitischen Zurückhaltung wird begleitet durch eine zunehmende Konfliktbereitschaft vor allem gegenüber dem Westen, die gezielte Schaffung von Abhängigkeiten und nicht zuletzt militärische Drohgebärden gegenüber Taiwan und weiteren Nachbarstaaten zum Beispiel im Süd- oder Ostchinesischen Meer.

Um ein möglichst umfassendes Bild von der Außenpolitik Chinas zu erhalten, werfen wir einen Blick auf die Ressourcen, mittels derer China seine Weltmachtrolle unterfüttert, beleuchten die Interessen und Motive, die China antreiben, und diskutieren Strategien, die die Volksrepublik China zur Verfolgung ihrer Ziele anwendet. Im Fokus stehen der außenpolitische Strategiewechsel unter Xi Jinping sowie der sich zuspitzende geopolitische Wettbewerb mit den USA. Ziel der Seminareinheit ist es, mit einem globalen Blick auf die einzelnen Bauteile chinesischer Außenpolitik und der Kenntnis über ihre strategischen Motive das Handeln der Volksrepublik besser verstehen und einordnen zu können.

Konflikte im Südchinesischen Meer

Chinas regionale Hegemonialpolitik

Das Südchinesische Meer ist einer der zentralen Konflikträume des 21. Jahrhunderts. Neben den Spannungen zwischen der Volksrepublik China und Taiwan ist vor allem der ungeklärte Status der Besitzansprüche am Südchinesischen Meer zwischen den Anrainerstaaten ein ständig schwelender Krisenherd. Dabei wurde die Aufteilung des Südchinesischen Meeres zwischen den Anrainerstaaten von den Vereinten Nationen nach den Regelungen des Seerechtsübereinkommens (UNCLOS) eigentlich völkerrechtlich bindend geklärt. Hier zeigt sich jedoch exemplarisch das Problem der fehlenden Fähigkeit internationaler Organisationen, Regelungen des Völkerrechts durchzusetzen. China erkennt das Urteil des Ständigen

Schiedshofs mit Sitz in Den Haag zur Aufteilung des Südchinesischen Meeres zwischen den Anrainerstaaten schlichtweg nicht an.

Die Seminareinheit beginnt mit einer kurzen Erklärung der grundlegenden Regelungen des Seerechtsübereinkommens und zeigt auf, welche Ansprüche die Volksrepublik China auf das Südchinesische Meer erhebt. Anschließend wird erläutert, wie Peking seine international nicht anerkannten Ansprüche machtpolitisch durchzusetzen versucht. Auch wird ein Blick auf Chinas Entwicklungen im Fischereisektor und dem Einsatz einer „maritimen Volksmiliz“ geworfen, das weiteres, unterschwelliges Konfliktpotenzial im Südchinesischen Meer erzeugt. Abschließend wird das Engagement der Bundeswehr im Rahmen der Indopazifik-Strategie der Bundesregierung in den Blick genommen, sei es die Mission der F-217 „Bayern“ im Indopazifik von August 2021 bis Januar 2022, die Teilnahme von u.a. sechs Eurofightern an der Übung „Rapid Pacific 2022“ in Australien oder die Mitwirkung von Soldatinnen und Soldaten des Fallschirmjägerregiments 31 und des Seebataillons an der Übung „Talisman Sabre 2023“ in Australien. Mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern wird kritisch diskutiert, welchen Stellenwert die Symbolkraft dieser Missionen hat, ob sie sinnvoll als Zeichen an die „Wertepartner“ im Indopazifik sind oder ob sie militärisch verzichtbar wären.

Wie sicher ist Taiwan?

Duell der Großmächte im Indopazifik

Das Seminarmodul behandelt die Bedrohung der politischen und territorialen Souveränität von Staaten durch Großmächte in ihrer Nachbarschaft am Beispiel Taiwans. Spätestens der russische Angriff auf die Ukraine im Frühjahr 2022 verdeutlichte die Bereitschaft eines größeren Staates, territoriale Ansprüche in seiner Nachbarschaft mit der völkerrechtswidrigen Anwendung militärischer Gewalt durchzusetzen. Die Einflussnahme kann jedoch bereits durch den Einsatz niedrigschwelliger politischer und wirtschaftlicher Mittel beginnen.

Derartige Mechanismen und Konfliktverläufe werden am Beispiel der durch die chinesische Regierung als abtrünnige Provinz betrachteten Republik Taiwan analysiert. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhalten eine Einordnung des China-Taiwan-Konfliktes, wozu historische Hintergründe und Pfadabhängigkeiten erläutert werden und eine weltpolitische und weltwirtschaftliche Einordnung des Konfliktes erfolgt. Welcher Logik und welcher Motivation folgt die Denkweise, sich Teile souveräner Staaten einzuverleiben, in diesen eigene Interessen durchzusetzen oder sie als Pufferzonen nutzen zu wollen? Welchen Stellenwert haben die Konzepte von Souveränität, territorialer Integrität und freier Bündniswahl? Ist die internationale Politik bestimmt durch eine regelbasierte Ordnung oder das Recht des Stärkeren? Durch die Auseinandersetzung mit diesen Fragen gewinnen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine breite Perspektive auf aktuelle Konflikte und Herausforderungen, vor denen die internationale Politik gegenwärtig steht.

Die Neue Seidenstraße

Chinas geoökonomische Weltmachtpolitik

Nachdem der frisch zum chinesischen Staatspräsidenten ernannte Xi Jinping 2013 die Idee einer neuen Seidenstraße aufgegriffen und geschickt als sein wirtschafts- und globalpolitisches Programm vermarktet hatte, ist sie aus den Debatten über die chinesische Außenpolitik nicht mehr wegzudenken. Unter dem auch als „Belt and Road Initiative“ bekannten vermeintlichen Megaprojekt laufen zahllose Einzelmaßnahmen vorwiegend in Zentralasien, Afrika, aber auch Europa, in denen China als Investor oder Kreditgeber agiert. Neben dem Handelsweg zu Lande, der an ihrem historischen Vorbild angelehnt ist, hat die „Neue Seidenstraße“ auch eine neue bedeutsame maritime sowie digitale Komponente, mittels derer

China ein weltumspannendes Netz aus strategisch bedeutsamen Beziehungen, Partnerschaften und Abhängigkeiten zu knüpfen versucht.

Doch was steckt hinter dem Mythos „Seidenstraße“? Welche Projekte und Programme folgen einem großen Plan, und wie viel davon ist Propaganda oder Irrglaube? Um dieses komplexe Konstrukt besser verstehen und einordnen zu können, beschäftigt sich die Seminareinheit mit den Beweggründen, die hinter der Idee der „Neuen Seidenstraße“ stecken, den Maßnahmen, auf denen sie aufbaut, und den (geo-)politischen Auswirkungen, die sich daraus ergeben. Anhand von Beispielen wird herausgearbeitet, welche Konsequenzen die raumgreifende chinesische Strategie auch für den Standort Deutschland hat, wie sie die Beziehungen westlicher Staaten zu China prägt und warum dies nicht zuletzt von sicherheits- und geopolitischer Relevanz ist.

Der Nahost-Konflikt zwischen Israel und Palästina

Regionale Machtpolitik, Religion und Instabilität

Ist Israel ein koloniales Projekt der Europäer? Ist Israel ein Apartheid-Staat? Ist Israels Krieg im Gaza-Streifen ein Genozid an der palästinensischen Bevölkerung? Diese Fragen sind komplex und die Beantwortung durch Schwarz-Weiß-Schemata viel zu simpel. Um eine Antwort zu liefern, wird zu Beginn die jüdische Geschichte in der Antike bis zur Zeit der Aufstände gegen die römische Besatzung betrachtet, um anschließend in die 1880er Jahre mit einem Blick auf die Anfänge der zionistischen Bewegung zur Schaffung einer Heimstätte für Jüdinnen und Juden in Palästina zu springen. Eine Darstellung der wichtigsten Etappen von der Gründung des Staats Israels 1948 über die verschiedenen arabisch-israelischen Kriege bis zu den Friedensprozessen der 1990er Jahre verdeutlicht das enorme Konfliktpotenzial in der Region, zeigt aber auch, dass Frieden greifbar nahe war und somit keine Utopie ist.

Vorgestellt werden zudem die zentralen Streitpunkte: das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge, der Status Jerusalems, der völkerrechtswidrige israelische Siedlungsbau im Westjordanland, der israelische Mauerbau und die Frage nach den Grenzen eines palästinensischen Staates. Abschließend werden mögliche Auswege aus dem Konflikt vorgestellt: die Zwei-Staaten-Lösung, eine Ein-Staaten-Lösung oder vielleicht doch ganz andere Modelle? Videomaterial aus den verschiedenen Epochen der jüngeren Geschichte vermittelt einen Eindruck von der Realität vor Ort.

Regionalmacht Iran?

Vom Charakter des Mullah-Regimes bis zum Atomprogramm

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer tauchen tief in verschiedene Themen rund um die Islamische Republik Iran ein und lernen Aspekte jenseits der medialen Aufmerksamkeit kennen. Ein Fokus liegt auf dem politischen System der Islamischen Republik Iran. Hier wird ein Verständnis für die Spannungen zwischen theokratischen und republikanischen Elementen des politischen Systems und die Bedeutung der Religion für politische Aushandlungsprozesse vermittelt.

Weiterhin wird ein Blick auf die Außen- und Sicherheitspolitik Teherans, das Verhältnis des Landes zu anderen Regional- und Großmächten sowie die Geschichte und Gegenwart des Atomkonflikts geworfen. Dabei wird ein Schwerpunkt auch auf die Rolle der schiitischen Identität Irans im Gegensatz zu seinen vorwiegend sunnitischen Nachbarn gelegt. Thematisiert werden zudem innergesellschaftliche Spannungen, Frauenrechte, die Rolle der Zivilgesellschaft, das Leben der Jugend im Land, Beziehungen und Partnerschaft sowie das Rechtsverständnis Irans und die Bedeutung der Scharia. Dargestellt wird darüber hinaus, wie die täglichen Verbote, die Zensur und die Repressionen den Alltag im Land bestimmen und welche Rolle die Sanktionen für das wirtschaftliche Leben und den Schwarzmarkt spielen.

IV. Hybride Herausforderungen

Hybride Kriegsführung

Einführung und Ziele, Mittel und Akteure

Hybride Attacken sind mittlerweile allgegenwärtig. Berichte über Cyber-War, Desinformationskampagnen, Sabotage oder Wirtschaftskrieg sind beinahe tägliche Erscheinungen in der öffentlichen Berichterstattung. Dabei ist dieses Phänomen nicht neu, sondern eine Begleiterscheinung, die so alt ist wie der Krieg selbst. Durch technologischen Fortschritt und internationale Vernetzung sind hybride Instrumente der Kriegsführung allerdings günstiger, einfacher und effizienter einsetzbar und gehören mittlerweile zum Standardrepertoire einer Vielzahl von Staaten. Sie treffen dabei keineswegs nur militärische Ziele. Auch zivile Einrichtungen, staatliche wie gesellschaftliche Strukturen bis hin zum Individuum sind ihnen ausgesetzt. Dies macht eine umfassende Kenntnis über hybride Bedrohungen notwendig, ebenso wie ein Bewusstsein zu deren Abwehr.

Die Seminareinheit soll einen Überblick über Ziele, Instrumente und Akteure moderner hybrider Kriegsführung vermitteln und Raum dafür geben, auch über deren Folgeerscheinungen für Militär, Staat und Gesellschaft nachzudenken. Angesichts der Bedeutungszunahme hybrider Mittel in heißen, aber auch unschwellig vorhandenen Konflikten soll ein Beitrag zur Sensibilisierung geleistet werden, dass die Abwehrfähigkeit gegen hybride Aggression auch abseits militärischer Auseinandersetzungen eine Daueraufgabe auf allen staatlichen und gesellschaftlichen Ebenen ist.

Desinformation

Von Fake News und Verschwörungserzählungen

Sozialen Medien wird vorgeworfen, zur Desinformation beizutragen. Die ehemalige Pressesprecherin aus der ersten Amtszeit von US-Präsident Donald Trump sprach von „alternativen Fakten“, er selbst spricht gerne regelmäßig von „Fake News“. Während Faktenchecker den Wahrheitsgehalt politischer Aussagen überprüfen, werden Desinformationskampagnen als Mittel der hybriden Kriegsführung eingesetzt, um die öffentliche Meinung zu manipulieren, das Vertrauen in staatliche Institutionen zu erschüttern und die Kampfkraft zu mindern. Im Ergebnis wird die Unterscheidung von Wahrheit und Lüge immer schwieriger und es stellt sich die Frage, ob eine objektive Wahrheit noch existiert oder ob in einem „postfaktischen“ Zeitalter jede Information relativ ist.

Erörtert werden die weltweite Bedeutung sozialer Medien und Desinformationen für die Streitkräfte und die Gesellschaft. Ein Fokus liegt auf den Motiven und Interessen der sie verbreitenden Akteure. Untersucht werden Beispiele aus der breiten Öffentlichkeit, wobei ein Schwerpunkt auf russischen Desinformationskampagnen in Deutschland liegt. Dabei wird auch die zunehmende Nutzung von KI in den Blick genommen und eine Prognose gewagt, welche Bedeutung KI-generierte Videos in der Zukunft für die Verbreitung von Desinformationen haben werden.

Hybrider Konflikt im postsowjetischen Raum

Ein interaktives Rollenspiel zum Transnistrien-Konflikt (halbtägig)

Die Hegemonialansprüche der Russischen Föderation im postsowjetischen Raum schüren nicht nur in der Ukraine, sondern in ganz Osteuropa neue Konflikte. Moskau betrachtet die ehemaligen sowjetischen Staaten als seine „natürliche Einflussphäre“, in welcher der Kreml innen- und außenpolitische Entscheidungen maßgeblich mitbestimmt. Dieses Selbstverständnis ist einer der Gründe für Russlands hybride und konventionelle Aggressionen in der

Ukraine, in Georgien und in anderen Staaten an seiner Peripherie. „Verbündete Staaten“ wie Belarus, die Russland militärisch und politisch unterstützen, stehen „gegnerische Staaten“, die ihr Recht auf nationale Selbstbestimmung gegen die russische Einflussnahme verteidigen, gegenüber. Diese Spannungen sind nicht neu, wurden jedoch lange als sogenannte „manageable conflicts“ oder „frozen conflicts“ in Westeuropa abgetan. Die Eskalation des langjährigen Ukraine-Konflikts am 24. Februar 2022 von einem vermeintlichen „manageable conflict“ hin zu einem konventionellen heißen Krieg macht deutlich, wie schnell diese Spannungen im postsowjetischen Raum eskalieren können und welche dramatischen Konsequenzen sie für die betroffenen Staaten sowie den Rest der Welt mit sich bringen.

In einem interaktiven Rollenplanspiel erfahren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Beispiel der in der Republik Moldau an der Westgrenze der Ukraine liegenden Region Transnistrien, wie schnell diese Spannungen zwischen Russland, den USA und den betroffenen osteuropäischen Staaten eskalieren können, was zu massiven Gefährdungen der europäischen und internationalen Sicherheitsarchitektur führen kann. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer schlüpfen in die Rollen staatlicher und nicht-staatlicher Akteure. In ihren Rollen wenden sie hybride Maßnahmen wie Cyberangriffe, Desinformationskampagnen, Medienattacken und Diplomatie geschickt an, um ihre jeweiligen Interessen in Transnistrien gemeinsam mit oder gegen ihre Mitspielerinnen und Mitspieler durchzusetzen. Dabei ist das Ergebnis des Planspiels offen und ergibt sich einzig aus der Interaktion der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Diese Simulation ermöglicht es, die aktuellen geopolitischen Spannungen in der Ukraine, in Georgien und im gesamten postsowjetischen Raum spielerisch nachzuvollziehen. Das Planspiel bietet zudem einen Überblick über die Bandbreite der in der modernen Kriegsführung eingesetzten hybriden Mittel. Die sich hierdurch für die Bundeswehr und die NATO im Rahmen der Landes- und Bündnisverteidigung ergebenden Herausforderungen werden praxisnah dargestellt und erlebt.

Die globale Rechte

Der Vormarsch der illiberalen Allianz

Rund um den Globus erstarken seit geraumer Zeit radikale und extreme Parteien oder politische Bewegungen, die am rechten Rand des politischen Spektrums zu verorten sind. Dieser Trend macht selbst vor westlichen Demokratien nicht Halt, in denen sich diese Strömungen oftmals mit populistischen oder nationalkonservativen Einstellungen verbinden. Gemein ist diesen Parteien, dass sie die Grundprinzipien der liberalen Demokratie ablehnen und nach einem autoritären Politik- und Gesellschaftsmodell streben. Pluralismus lehnen sie ab. Neu an diesem Phänomen der so genannten „globalen Rechten“ ist ihre zunehmende Vernetzung untereinander, die von gemeinsamen Konferenzen über Strategiewaustausch bis hin zu finanzieller Unterstützung reicht. Unlängst sind radikal rechte Parteien auch in das Blickfeld autoritärer Regime geraten, die in ihnen Verbündete bei der (hybriden) Konfrontation mit westlichen Demokratien sehen.

Zentraler Gegenstand der Seminareinheit sind die Auswirkungen, die das Erstarken radikaler rechter Kräfte auf die Stabilität der westlichen Demokratien hat und welche Folgen globale Trends auf innenpolitische Auseinandersetzungen haben können. Beleuchtet werden dabei insbesondere die Vernetzungen rechter Parteien und Bewegungen untereinander sowie die Nähe zu bzw. die Instrumentalisierung durch autoritäre Regime. In diesem Zusammenhang werden auch die Ursachen ihres Erfolges diskutiert ebenso wie das Ausnutzen weitverbreiteter Unsicherheiten und Politikverdrossenheit, um skeptischen Haltungen gegenüber der Demokratie zusätzlichen Auftrieb zu verleihen.

Die Neujustierung der Weltpolitik

Neue Mächte und die Krise der liberalen Weltordnung

Die Welt von heute scheint mehr als nur „aus den Fugen“ zu sein. Allenthalben treten neue (und alte) Konflikte hervor, Gewissheiten und Selbstverständlichkeiten brechen in sich zusammen. Alte Mächte straucheln, neue streben nach mehr. Immer deutlicher zeichnet sich ab, dass die Weltordnung, so wie wir sie zu kennen glaubten, an ihr Ende gerät. Und so zeigt der globale Blick auf die Beschaffenheit der Weltpolitik sehr eindrücklich, dass wesentliche Prinzipien und Normen der internationalen Ordnung zunehmend unter Druck geraten. Gewaltsam ausgetragene Konflikte sind an der Tagesordnung und nicht selten stehen hinter diesen Auseinandersetzungen geopolitische Ambitionen und machtpolitische Ansprüche größerer oder mittlerer Staaten. Das Befolgen von Regeln und die Einhaltung von Verträgen weichen zunehmend einer offensiv ausgetragenen Großmachtpolitik und dem Recht des Stärkeren.

Bislang herrscht keine einhellige Meinung darüber, wie sich die Weltpolitik künftig gestalten wird. Zu ungewiss sind die möglichen Folgen heutiger Trends. Daher soll diese Seminareinheit dazu beitragen, zunächst in den weltpolitischen Umbrüchen der Gegenwart eine erste Orientierung zu finden. Ausgehend von den allgemeinen Entwicklungen und Trends der internationalen Politik und den damit verbundenen Verschiebungen politischer, wirtschaftlicher und militärischer Macht befassen wir uns mit dem Zustand der regelbasierten liberalen Weltordnung, loten grundlegende Herausforderungen aus und diskutieren anschließend mögliche Perspektiven für die weitere Entwicklung der internationalen Politik.

Trump II und der atlantische Raum

Die westliche Partnerschaft auf dem Prüfstand

Was verstehen wir darunter, wenn wir vom „transatlantischen Verhältnis“ sprechen und wie ist es in der aktuellen weltpolitischen Großwetterlage darum bestellt? Diese Seminareinheit beleuchtet die sogenannte „Pax Americana“ und das Verhältnis von den Vereinigten Staaten von Amerika und dem europäischen Kontinent. Bringt die Trump-Administration dieses ins Wanken, da er der europäischen Gemeinschaft deutlich andere Signale sendet als seine Vorgänger, die Europäische Union in der aktuellen Sicherheitsstrategie klar problematisiert und innenpolitische Konflikte instrumentalisiert?

Ausgehend von der sogenannten „Pax Americana“ werden innerhalb dieser Seminareinheit die verschiedenen Dimensionen thematisiert, innerhalb derer es zu weltpolitischer Veränderung kommt und kommen kann, sollte sich die Regierung der USA weiterhin so deutlich vom transatlantischen Bündnis abgrenzen. Was muss der europäische Kontinent jetzt allein bewerkstelligen, um nicht nur ausschließlich „Spielball der Nationen“ zu sein, der lange Zeit von den Sicherheitsgarantien der NATO und der Vereinigten Staaten von Amerika profitierte? Was bedeutet das für Themenbereiche wie Bündnissolidarität, Handelsbeziehungen und einen gemeinsamen Wertekanon? Und wie ist es um die europäische Verteidigungsfähigkeit selbst bestellt?

Europa in einer multipolaren Welt

Spielball oder Gestalterin der Weltpolitik?

Immer offenkundiger tritt zu Tage, dass sich politische, wirtschaftliche und militärische Macht weltweit verschiebt; in weiten Teilen durchaus zu Lasten des Westens. Diese Entwicklung macht auch vor so genannten weichen Machtfaktoren (soft power) nicht halt. In

Zeiten kriselnder transatlantischer Beziehungen geraten die Staaten Europas dadurch zunehmend in Schwierigkeiten, ihren Vorstellungen von einer internationalen Ordnung Nachdruck zu verleihen und in einer sich ausdifferenzierenden Weltpolitik ihre Werte und Interessen zu wahren. Unlängst werden aus den Reihen nicht-westlicher Staaten Forderungen nach einer gerechteren Machtverteilung laut, die sich auf die Idee einer multipolaren Weltordnung stützen.

In der Seminareinheit gehen wir zunächst der Frage nach, welche Vorstellungen sich hinter dem Begriff der Multipolarität verbergen, bevor wir die Rolle der Europäischen Union in einer Welt im Wandel aus verschiedenen Perspektiven beleuchten. Welche Ressourcen und Fähigkeiten schlummern in dem Kontinent, welche Potenziale hat Europa, sich aktiv und gestaltend in der internationalen Politik zu engagieren? Dabei kommen sowohl die Probleme bei der inneren Einigkeit und Entscheidungsfindung zur Sprache als auch die verschiedenen strategischen Perspektiven und Optionen gemeinsamer Handlungsfähigkeit.

G20, BRICS und andere ***Das Aufbegehren des Globalen Südens***

Mit dem Ende des Kalten Krieges erlebte der so genannte Westen eine Blüte seines weltpolitischen Einflusses. Angesichts seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Anziehungskraft seines liberalen Gesellschaftsmodells wähnte sich er auf dem Höhepunkt seiner Macht. Doch gegen die Hegemonie westlicher Staaten, die sich trotz deren relativen Bedeutungsverlustes auf bemerkenswerte Weise in internationalen Organisationen und Institutionen gehalten hat, regt sich unter nicht-westlichen Staaten seit geraumer Zeit Widerstand. Formate wie die G7 oder andere westlich geprägte Institutionen wie WTO, IWF oder Weltbank geraten unter zunehmenden Legitimationsdruck, während vor allem die Schwellenländer des Globalen Südens über neue Gruppierungen wie das BRICS-Format oder die G20 mehr oder weniger offensiv mehr Mitsprache in Angelegenheiten der internationalen Politik sowie der Weltwirtschaft einfordern.

Im Fokus dieser Seminareinheit stehen die Perspektiven von Staaten des Globalen Südens auf die internationale Politik mit ihren Regeln, Normen und Machtverhältnissen. Gefragt wird nach deren gemeinsamen Interessen sowie den Potenzialen und Schwachstellen der bislang oftmals lockeren Allianzen und Kooperationsformate, die sie bilden. Welche Bedeutung haben beispielsweise die Erweiterung des BRICS-Formats um neue Mitglieder oder das bei manchen Staaten zu beobachtende instrumentelle Verhältnis zur G20? Vor welchen Herausforderungen steht die internationale Ordnung und wie wirkt sich die Neuorientierung nicht-westlicher Staaten auf europäische Interessen aus? Zur Diskussion stehen demnach auch Fragen, welcher Umgang mit den BRICS-Staaten oder anderen Schwellenländern für den Westen am sinnvollsten erscheint, und wie er auf die globalen Machtverschiebungen am besten reagieren sollte.

Die Achse der Autokraten ***Auf Konfrontationskurs mit dem Westen***

Weltweit ist die Demokratie auf dem Rückzug. Gemessen an der Zahl von Staaten, die als demokratisch gelten können, ist dieser Rückgang ebenso ablesbar wie im Qualitätsverlust noch funktionierender Demokratien, in denen indes autoritäre Kräfte auf dem Vormarsch sind. Spielte die innere Verfasstheit von Staaten in der internationalen Politik lange Zeit nur eine nebensächliche Rolle, bildet sich mittlerweile eine konfrontative Gegenüber zwischen Demokratien und Autokratien heraus. So nimmt eine wachsende Zahl von autoritären Regimen die liberale Demokratie als Bedrohung für ihre eigene Stabilität wahr und sucht bewusst nach Allianzen, um den Einfluss demokratischer Staaten gezielt auszuschalten. Ein Ziel

dabei ist die gegenseitige Rückendeckung gegenüber westlicher Sanktionspolitik oder innenpolitischen Revolten und die Sicherstellung der eigenen Herrschaftsnetzwerke; aber auch die Koordination hybrider Maßnahmen gegen demokratische Gesellschaften.

In der Seminareinheit untersuchen wir diese Bildung neuer Netzwerke aus autoritär regierten Staaten, beleuchten die dahinterstehenden Akteure und Absichten und diskutieren die Folgewirkungen auf die außenpolitischen Beziehungen westlicher Demokratien. Dabei geht es um Fragen der demokratischen Resilienz, einer Notwendigkeit zur Demokratieförderung als Teil der eigenen Außenpolitik sowie der Aufrechterhaltung von Regeln in der internationalen Politik und der Verteidigung des Prinzips „Herrschaft des Rechts“.

Interoperabilität – Interkulturelle Kompetenz

Die westliche Wertegemeinschaft

Das Fundament einer stabilen Friedensordnung

Das Zustandekommen und nicht zuletzt die Beständigkeit von Kooperationen und Bündnissen westlicher Demokratien beruhen auf Voraussetzungen, denen neben sich überschneidenden Interessen gemeinsame Ideen, Normen und Werte zu Grunde liegen. Ohne diese ideellen Grundlagen, die über ideengeschichtliche Traditionen hinaus in vertraglichen Vereinbarungen zum Ausdruck gebracht werden, wären Institutionen wie die NATO oder die EU kaum denkbar. Sie bilden nicht nur die Grundlage für ein gemeinsames Verständnis von Politik und ein kooperatives Gesellschaftsmodell, sondern gewährleisten anhaltenden Frieden zwischen den beteiligten Staaten. Die Auswirkungen des Ausscherens Einzelner aus diesem Konsens verdeutlichen dessen Notwendigkeit für eine stabile Friedens- und Sicherheitsarchitektur.

Ziel der Seminareinheit ist es, das Verständnis über diese Voraussetzungen deutscher und europäischer Bündnispolitik zu vertiefen. Dazu treten wir in einen intensiven Austausch über die Wertegrundlagen der westlichen Bündnisse, deren Traditionen und geschichtliche Herleitung sowie die heutigen Perspektiven und Interpretationen. Nicht ausgespart werden sollen dabei auch die Konflikte und Kontroversen, die in dieser Wertegemeinschaft auftreten; ebenso wenig wie der Bezug zu gemeinsamen Interessen, die damit einhergehen.

Die Verteidigung Europas

Eine Simulation gemeinsamer europäischer Sicherheitspolitik (halbtägig)

Was passiert, wenn sich die EU tatsächlich verteidigen muss? Vor welchen Herausforderungen steht der Kontinent, sollten sich die USA aus Europa zurückgezogen haben und die Europäer auf sich selbst gestellt sein? Welche Entscheidungen müssen getroffen werden und auf welche Weise wird dies geschehen? Welche Interessen, Erwägungen und nationalen Eigenheiten spielen dabei eine Rolle? Wer prescht voran, wer zögert, wer blockiert? Wenn es bei der Suche nach einem gemeinsamen tragfähigen Konsens ums Ganze geht, ist es hilfreich, seine Verhandlungspartner zu kennen.

In einem fiktiven Szenario schlüpfen die Teilnehmer in die Rolle europäischer Staats- und Regierungschefs und stellen anlässlich einer akuten Bedrohungslage einen Konsultations- und Entscheidungsprozess im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union nach. Ausgehend von unterschiedlichen, spezifischen Profilen der beteiligten Länder, die ihre jeweiligen Interessen, Fähigkeiten und Perspektiven berücksichtigen, treten die Akteure in einen politischen Verhandlungsprozess, der die Herausforderungen multinationaler Entscheidungsfindung in Drucksituationen nachempfinden lässt.

Multinationalität

Spielarten internationaler Kooperation

Unter dem recht schwerfälligen Begriff der militärischen Multinationalität wird die institutionalisierte Zusammenarbeit von Anteilen nationaler Armeen verstanden. Dabei können verschiedenste Phänomene beschrieben werden, wie die Entwicklung eines europäischen Waffensystems oder die Etablierung einer integrierten Kommandostruktur im nordatlantischen Bündnis. Es ist dabei unerlässlich für ein effizientes und kriegstüchtiges Militär, Kenntnisse über Umfang und Tiefe der multinationalen Verpflichtungen und Verflechtungen zu besitzen. Gleichzeitig zeigt die Empirie, dass nationale Interessen in multinationalen Prozessen am Ende doch des Öfteren ausschlaggebend sind für Entscheidungsfindung.

Wie genau hat sich militärische Multinationalität in der europäischen und internationalen Verteidigungspolitik entwickelt und wie beeinflusst dies die Bundeswehr? Was hat sich in der letzten Zeit im multinationalen Handeln getan, da sowohl die NATO aktuell von der volatilen US-amerikanischen Außenpolitik geprägt wird als auch die Europäische Verteidigungspolitik vor neuen Herausforderungen steht?

Die Wertegemeinschaft mit den östlichen NATO-Partnern *Wahrnehmung Deutschlands & Russlands durch die mittelosteuropäischen Staaten*

Viele der ehemaligen Staaten des Warschauer Paktes sind heute Mitglieder der NATO und damit Bündnispartner Deutschlands. Aus Gegnern wurden Freunde. Doch wissen wir meist weniger über Polen oder Tschechien als über Russland. Die deutsche Russland-Expertise ist durchaus umfangreich, und es gibt viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich intensiv mit Russland beschäftigen und Russisch sprechen. Doch wer spricht schon Polnisch oder gar Tschechisch? Dabei sind das unsere Nachbarländer.

In Warschau, Prag oder Bratislava wird den Deutschen auch heute noch teilweise mit Skepsis begegnet, vor allem wenn die Besorgnis aufkommt, Deutschland und Russland könnten miteinander einen Sonderweg gehen. In den mittel- und osteuropäischen Ländern wird durchaus mit Sorge registriert, wie Parteien in Deutschland, die mit Russland so schnell wie möglich wieder zu guten partnerschaftlichen Beziehungen zurückkehren wollen, an Einfluss gewinnen. Wie wird Deutschland z.B. in Polen wahrgenommen, welche Ängste bestehen dort? Wenn Deutschland und Russland sich in der Geschichte gut verstanden, litten darunter meist die Länder dazwischen. Welche Wunden bestehen in diesen Ländern, und wie kann dem begegnet werden? Schließlich sind Polen, Tschechien oder die Slowakei Partner in der NATO, Russland ist es nicht.

Militärkulturen im internationalen Vergleich *Von Kriegern, Helden, Beschützern und Opfern*

Einmal Soldat, immer Soldat? Versteht sich jedes Militär auf der Welt in seinen Grundzügen gleich, und was bedingt eigentlich Unterschiede? Liegt es an einem Verständnis des Berufsbildes Soldat, am politischen System, in dem die Streitkräfte existieren, und welche Rolle spielen Gesellschaft, Tradition und Kommunikation über die eigene Armee? Gab es in der Zeit des Nationalsozialismus den sogenannten „Heldenmythos“, haben wir nun den „Staatsbürger in Uniform“. Doch wie entwickeln sich diese verschiedenen Soldatenbilder und was bedingt solch eine unterschiedliche Ausbildung? Wieso haben verschiedene Länder Vorstellungen vom „Befreier“, vom „Schützer“, aber auch vom „bewaffneten Sozialarbeiter“? Welche Referenzpunkte beeinflussen diese unterschiedlichen Vorstellungen von militärischem Handwerk und militärischem Auftrag, aber auch den Werten, welche Soldatinnen und Soldaten verkörpern?

In dieser Seminareinheit werden verschiedenen Militärkulturen verglichen und analysiert. Was muss sich an der deutschen Militärkultur im Hinblick auf Berufsverständnis, auf Kameradschaft und auch auf politischen Rückhalt und Kommunikation verändern? Und was bedeutet es in einer multinationalen Verwendung, mit den unterschiedlichen militärischen Kulturen der NATO-Mitglieder in Kontakt zu kommen?

70 Jahre Streitkräfte der Bundeswehr

I. Geschichte und Selbstverständnis

Die Bundeswehr im Wandel

Von der Gründung 1955 bis zur Gegenwart

Im Jahr 2025 feierte die Bundeswehr ihr 70-jähriges Bestehen. Dabei war sie seit ihrer Gründung stetem Wandel unterworfen und durchlief verschiedene Phasen, in denen sie sich unterschiedlichen Herausforderungen stellen musste. Dieser Vortrag stellt chronologisch die entscheidenden Etappen dar und beleuchtet einzelne bedeutende Wegmarken. So wird zunächst die Ausgangslage im Jahr 1955 analysiert, als die Bundesrepublik Deutschland Mitglied der NATO wurde und die Bundeswehr mit einer Zielplanung von zwölf Divisionen und einer halben Million Soldaten aufgestellt wurde. Auch wird ein Blick auf das Personal der Bundeswehr aus der Anfangszeit geworfen, das größtenteils aus Soldaten der ehemaligen Wehrmacht bestand. Verschiedene Übungen und deren Bewertung aus der Zeit des Kalten Krieges verdeutlichen die Herausforderungen, vor denen die Bundeswehr als Streitkräfte des „Frontstaats“ Deutschland im Kalten Krieg standen.

Weiterhin werden die 1990er Jahre in den Blick genommen, in denen sowohl die Integration der NVA als auch die ersten Auslandseinsätze, vor allem im ehemaligen Jugoslawien, die Bundeswehr forderten. Wie die Mandatierung eines Auslandseinsatzes funktioniert, wird ebenso dargestellt wie die Bedeutung der Bundeswehr als Parlamentsarmee. Abschließend werden die zentralen Stationen des Einsatzes in Afghanistan kritisch beleuchtet, um mit der Frage zu schließen, wie sich die Bundeswehr seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine im Jahr 2022 weg von Auslandseinsätzen hin zu LV/BV als wichtigster Aufgabe wieder neu aufstellt.

Abschreckung und Verteidigung im Wandel der Zeit

Von „Kriegsgeheul“ und „Kriegstüchtigkeit“

„Kriegstüchtig“, „verteidigungsfähig“, „abschreckungsbereit“, „gewinnen müssen“, „kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen“: Diese Begriffe sind seit dem russischen Angriff auf die Ukraine allgegenwärtig und werden kritisch diskutiert. Doch vor welchen sicherheitspolitischen Herausforderungen steht Deutschland, und was bedeuten Abschreckung und Verteidigung vier Jahre nach Ausrufung der Zeitenwende durch den damaligen Bundeskanzler Olaf Scholz?

Zunächst wird analysiert, wie die Bundesrepublik sich seit 2022 sicherheitspolitisch aufstellt, wozu ein Blick in die entsprechenden Dokumente lohnenswert ist – die Verteidigungspolitischen Richtlinien, die Nationale Sicherheitsstrategie und der Operationsplan Deutschland – um konventionellen, hybriden und politischen Herausforderungen zu begegnen. Entscheidend für die Verteidigungsfähigkeit eines Landes sind neben der adäquaten Aufstellung der Streitkräfte jedoch auch die gesellschaftliche Resilienz und der Wille der Bevölkerung, einer äußeren Bedrohung geschlossen entgegenzutreten. Anhand verschiedener Beispiele wird diskutiert, ob das in Deutschland der Fall ist oder ob die deutsche Gesellschaft nicht vielmehr gespalten und in großen Teilen unwillens ist, eine externe Bedrohung überhaupt anzuerkennen. Die Diskussionen um den Wehrdienst sind hierfür eines von vielen Beispielen. Vor diesem Hintergrund wird mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern abschließend die Frage erörtert, welcher der o.g. Begriffe am besten geeignet sein könnte, um die Bevölkerung für die sicherheitspolitischen Herausforderungen und Gefahren zu sensibilisieren und die Resilienz der Gesellschaft zu steigern.

Der Staatsbürger in Uniform

Von der Himmeroder Denkschrift bis in die Gegenwart

Mit der Ausrufung einer „Zeitenwende“ nach dem russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 verlagerten sich auch die sicherheitspolitische Ausrichtung Deutschlands und der Schwerpunkt der Bundeswehr von der einstigen Wehrpflichtarmee, die die Truppen des Warschauer Paktes im Falle eines Angriffs auf Deutschland und die NATO verzögern sollte, hin zu einer modernen und flexibel einsetzbaren Berufsarmee, die die Länder des Baltikums und die NATO-Ostflanke verteidigen soll. Im Hinblick auf diese grundlegende Umstrukturierung und auch mentale Neuausrichtung stellt sich die Frage, ob die ideologischen Grundsteine der Bundeswehr die aktuelle Situation noch abbilden können. An diesem Spannungsfeld setzt die Seminareinheit mit der historischen Rückbetrachtung auf die „Himmeroder Denkschrift“ an, welche die Innere Führung begründete. Was bewegte ihre Autoren in den 1950er Jahren eigentlich genau, als sie sich über das „Innere Gefüge“ (später in „Innere Führung“ unbenannt) und damit die geistesgeschichtlichen Grundlagen der neu zu gründenden Bundeswehr Gedanken machten?

Der „Staatsbürger in Uniform“ soll die Grundrechte genießen, die er mit seinem Leben verteidigt. Was bedeutet dies angesichts der Zeitenwende und der grundlegenden Umorientierung, die der Bundeswehr bevorsteht? Was muss sich in der Identität der Bundeswehr jetzt eigentlich ändern und welches „moralische Rüstzeug“ wünschen sich alle Angehörigen der Bundeswehr? Diese Fragen und Inhalte werden in dieser Seminareinheit gemeinsam erarbeitet, um die Innere Führung auf die Zeitenwende auszurichten.

Demokratietüchtige Streitkräfte

Über die Rolle des Militärs in Demokratien

Das Verhältnis von Politik und Militär ist geprägt vom Idealbild des apolitischen, professionellen Soldaten, der die staatliche Stabilität garantiert. Dabei liegt die klare Entscheidungsgewalt bei der Politik, das Militär führt Befehle aus. Um sicher zu stellen, dass die Streitkräfte nicht durch Waffengewalt den Staat gefährden oder sogar übernehmen, werden sie stark eingeschränkt, bekommen aber auch ein gewisses Maß an Autonomie.

Diese Seminareinheit behandelt die grundlegende Rolle von Militär in demokratischen Staaten und leistet neben einer historisierenden Herleitung einen aktuellen Bezug. Durch die verschiedenen Tendenzen hin zur Autokratie in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika werden sowohl die Aktualität als auch die damit für die Bundeswehr verbundenen Fragen behandelt.

II. Politische Einbettung

Die NATO nach der Zeitenwende

Die westliche Allianz vor strategischen Herausforderungen

Nach den Diagnosen der Überalterung (Trumps „obsolete“) oder gar des „Hirntods“ (Macron) ist die NATO seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine so lebendig wie seit langem nicht. Fast pünktlich zu ihrem 75-jährigen Bestehen 2024 rückte der Kernauftrag der transatlantischen Allianz – die kollektive Verteidigung und gemeinsame Abschreckung – wieder ins volle Bewusstsein der Bündnispartner. Es wäre jedoch falsch, anzunehmen, man könne einfach dort weitermachen, wo man 1989/90 aufgehört hatte. Die Welt des 21. Jahrhunderts stellt das mittlerweile auf 32 Mitglieder angewachsene Bündnis vor nicht nur mehr, sondern auch neuartige Herausforderungen, die sowohl sein Außen- als auch sein Innenleben betreffen. Neben der neuen akuten Bedrohungslage im Osten Europas, hybriden Angriffen und einer hohen Zahl internationaler Konflikte sind es grundlegende weltpolitische Umwälzungen sowie die nach wie vor vorhandenen Bruchstellen innerhalb der NATO (u.a. Trump, Türkei, Ungarn), die strategische Neubewertungen erforderlich machen.

Welche Herausforderungen dies genau sind und wie die NATO bislang darauf reagiert hat, steht im Mittelpunkt dieser Seminareinheit. Berücksichtigt und kritisch betrachtet werden neben den grundlegenden Strukturen und Aufgaben der NATO vor allem die jüngeren Entwicklungen und Debatten innerhalb des Verteidigungsbündnisses, einschließlich der strategischen Neuausrichtung im Zuge des Ukraine-Krieges. Dies geschieht zum einen unter Einbeziehung der äußeren Rahmenbedingungen und Herausforderungen, denen sich die Allianz gegenübersteht. Zum anderen kommen die internen Problemfelder zur Sprache, denen sich die Mitgliedstaaten zwangsläufig stellen müssen, wenn sie auch weiterhin im Verbund geschlossen, solidarisch und handlungsfähig bleiben wollen.

Deutschlands Außenpolitik in der Findungsphase

Neuorientierung und Selbstverständnis nach der Zeitenwende

Wenig hat das außen- und sicherheitspolitische Selbstverständnis der Deutschen in den letzten Jahrzehnten so sehr erschüttert wie der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine im Februar 2022. Und das, obwohl bereits zuvor – und zum Teil sehr kontrovers – über die Veränderungen der Weltpolitik und die deutsche Rolle darin debattiert worden war. Hatte diese Debatte zunächst kaum substanzielle Folgen, lässt sich mittlerweile über die veränderten Rahmenbedingungen außenpolitischen Handelns nicht mehr so einfach hinweggehen. Die Bundesrepublik sieht sich nicht nur einer grundlegend veränderten weltpolitischen Sachlage gegenüber, sondern damit einhergehend auch mit wachsenden Erwartungen ihrer europäischen und transatlantischen Partner.

Doch worin bestehen diese Herausforderungen und Erwartungen? Und in welchem Verhältnis stehen sie zu den Grundlagen außen- und sicherheitspolitischen Denkens in Deutschland? Die Seminareinheit setzt sich kritisch mit den handlungsleitenden Prinzipien deutscher Außenpolitik auseinander, um einerseits das Rollenverständnis Deutschlands in der Welt nachvollziehen zu können, darüber hinaus aber auch notwendige Anpassungen und Veränderungen in den Blick zu nehmen und zu diskutieren. Im Vordergrund steht, welches Handeln, welches Selbstverständnis und welche außenpolitischen Strategien notwendig sind, um den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden, und wie dabei auf bewährte Fähigkeiten zurückgegriffen werden kann.

Bundeswehr und Gesellschaft

Der zivile Blick auf Verteidigung

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts, dem Fall der Berliner Mauer und der deutschen Wiedervereinigung begann eine ein Vierteljahrhundert andauernde Epoche, in der sich die deutsche Bevölkerung daran gewöhnte, die „Friedensdividende“ einzustreichen. Der Wehretat wurde kontinuierlich reduziert, während sozialstaatliche Maßnahmen zunehmend üppiger ausfielen. Deutschland in der Mitte Europas, „umzingelt von Freunden“, wie der einstige Bundesminister der Verteidigung Volker Rühe in den 1990er Jahren so treffend formulierte, war „noch nie so wohlhabend, so sicher und so frei wie heute“, wie eine Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik und des German Marshall Fund 2013 konstatierte.

Ein Jahr später annektierte Russland die Krim und stellte damit viele deutsche „Wahrheiten“ auf den Prüfstand. Spätestens mit dem russischen Angriff auf die Ukraine 2022 war klar, dass eine deutsche Gewissheit – nämlich dass die Zeit gewaltsamer Grenzverschiebungen und des Einsatzes militärischer Mittel zur Erreichung politischer Ziele vorüber sei – keine Gültigkeit mehr hat. Doch ist dieses Verständnis überall in der Bevölkerung angekommen oder gibt es nicht vielmehr breite Bevölkerungsschichten, die reflexhaft neue Realitäten ablehnen und in der jahrzehntelang gepflegten Gewissheit friedenspolitischer Rechtschaffenheit verharren?

Neben aktuellen Umfrageergebnissen stellt die Seminareinheit neben einer historischen Entwicklung der zivil-militärischen Beziehungen auch die Perspektive auf Soldatinnen und Soldaten selbst sowie ihr Verhältnis zur deutschen Bevölkerung in den Mittelpunkt. Wie werden Initiativen wie der erste deutsche Veteranentag, die 2023 erstmals in Deutschland ausgetragenen Invictus Games oder auch eine veränderte mediale Darstellung von Sicherheits- und Verteidigungspolitik in ihrer Wirkung auf die „geistige Zeitenwende“ hin wahrgenommen? Welche weiteren Schritte müssen unternommen werden, um echte gesellschaftliche Resilienz zu entwickeln?

Aktuelle Fragen der internationalen Politik

Geopolitik im 21. Jahrhundert *Großmächte und Sicherheitsdilemmata*

Geopolitische Erwägungen und das Denken in Kategorien militärischer Fähigkeiten oder Einflussphären gelten oft als Anachronismus. Doch die Rückkehr klassischer Bedrohungsszenarien zwischen Großmächten und Staaten lenkt den Fokus erneut auf die Bedeutung von Geopolitik. In dieser Seminareinheit werden die wichtigsten Begriffe geopolitischen Denkens vermittelt. Im Mittelpunkt steht dabei die Theorie des Neorealismus mit seinem Fokus auf Staaten als Akteure und der anarchischen Struktur des internationalen Systems. Zunächst werden die wichtigsten Begriffe erläutert: Was ist ein Staat, und welche Vorteile bringt das staatliche Gewaltmonopol für das friedliche Zusammenleben der Menschen innerhalb eines Staates? Was bedeutet Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger in einem hierarchisch organisierten Staat, in dem die Macht des einzelnen gezähmt ist? Dem steht konträr das internationale von Anarchie geprägte System gegenüber, in dem es keine übergeordnete Rechtsinstanz gibt, Gewalt nicht monopolisiert ist, das Recht des Stärkeren gilt, und Möglichkeiten zur Machtausübung einzelner Staaten die entscheidende Rolle spielen, um zu bestimmen, welchen Platz ein Staat im internationalen System einnimmt.

In diesem internationalen System ist Unsicherheit zentral, was unmittelbar Sicherheitsdilemmata zwischen Staaten hervorruft. Wie Unsicherheit auf der internationalen Ebene wirkt, wird durch spieltheoretische Überlegungen verdeutlicht. Mittels eines interaktiven und spielerischen Formats erleben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer selbst ganz direkt die Wirkungsweise von Sicherheitsdilemmata und schärfen dadurch ihr Verständnis für internationale Zusammenhänge und zwischenstaatliche Beziehungen. Letztlich wird hier die Frage beantwortet, warum die Welt derart konfliktreich ist. Dabei wird auch verdeutlicht, dass geostrategische Überlegungen heutzutage keineswegs an Bedeutung verlieren, sondern systematisch von Staaten auf Basis der eigenen Machtmittel durchdacht werden.

Die Vereinten Nationen *Grundstein zum ewigen Frieden oder überflüssiger Debattierclub?*

Als die Vereinten Nationen 1945 gegründet wurden, geschah dies nicht allein als Reaktion auf die Katastrophe, die der Zweite Weltkrieg über weite Teile der Erde gebracht hatte, einschließlich des Schocks über den Einsatz von Atomwaffen in Japan. Auch die Erinnerungen an eine erfolgreiche Bewältigung des Ersten Weltkriegs und seiner Folgen waren bei vielen Beteiligten noch in wacher Erinnerung. Wie könnte eine Weltordnung aussehen, in der Konflikte innerhalb der Staatengemeinschaft nicht mehr durch Krieg und Gewalt, sondern durch Kooperation, Verhandlungen und einen friedlichen Interessenausgleich gelöst werden würden?

Die Seminareinheit beleuchtet das System der Vereinten Nationen mit ihren universellen Zielen und Prinzipien sowie den Kernstrukturen, Unterorganisationen und ihrer voraussetzungsvollen Arbeitsweise, um die Anarchie internationaler Beziehungen aufzubrechen. Was genau enthält die Charta der Vereinten Nationen und welche Bedeutung haben wegweisende Dokumente wie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte für die Staatengemeinschaft? Welche Rolle spielt die Herrschaft des Rechts in den Beziehungen zwischen Staaten, und vor welchen Problemen sieht sich die so genannte liberale regelbasierte Weltordnung, die sich im Laufe der Zeit herausgebildet hat?

Die gemeinsame Außenpolitik der EU

Strukturen, Ressourcen, Herausforderungen

Mit der erneuten Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA richtet sich – wieder einmal – der Blick verstärkt auf die Europäische Union. Kann sie dazu beitragen, die sicherheitspolitischen Ausfälle zu kompensieren, die ein möglicher Rückzug Amerikas aus der transatlantischen Zusammenarbeit zur Folge haben würde? Zwar ist schon des Öfteren über eine Stärkung der europäischen Säule in der NATO oder die strategische Autonomie der EU debattiert worden, dennoch bleibt die Rolle Europas in der internationalen Politik auffällig blass. Obwohl die institutionellen Strukturen einer gemeinsamen europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik vorhanden sind und in den letzten Jahren sogar weiterentwickelt wurden, bleibt ein belastbares Auftreten auf der internationalen Bühne weitgehend den Mitgliedstaaten vorbehalten.

Wie ist es also um die Rolle der EU in der Welt bestellt? Welche Perspektiven eröffnen sich der EU für ein kohärentes außenpolitisches Auftreten und Handeln und welchen Beitrag kann sie leisten, machtpolitische Lücken ihrer Mitgliedstaaten zu schließen? Die Seminareinheit erschließt sich diese Fragen durch einen intensiven Blick auf die strukturellen und materiellen Voraussetzungen Europas sowie die weltpolitischen Herausforderungen, mit denen die EU konfrontiert ist. Ausgehend davon werden Handlungsoptionen diskutiert, die ihr bereits jetzt zur Verfügung stehen beziehungsweise über die sie künftig im besten Fall verfügen sollten.

Weltpolitik im Systemkonflikt

Die Konkurrenz zwischen Demokratie und Autokratie

Die Weltordnung gerät zunehmend in eine ideologisch aufgeladene Polarisierung. Ganze Wertesysteme stehen sich gegenüber in dem Ringen um gute Herrschaft und wirkungsvolles politisches Handeln. Die Bekämpfung der Corona-Pandemie warf wirkmächtig und exemplarisch zugleich die Frage in den Raum, welches System besser in der Lage sei, auf Krisen zu reagieren und politische Probleme zu lösen: Demokratien oder Autokratien? Auch abseits dessen stehen sich weltweit ein liberaldemokratisches sowie ein autoritäres Modell von politischer Herrschaft gegenüber, die nicht nur die Form innerstaatlicher Organisation berühren, sondern ebenso die Frage nach einer guten internationalen Ordnung.

Was dieses Gegenüber für die internationale Politik bedeutet, ist Gegenstand dieser Seminareinheit. Was charakterisiert diesen Systemkonflikt zwischen Demokratie und Diktatur auch unterhalb der Oberfläche? Ist ein System dem anderen wirklich überlegen und welche Rolle spielt das für die internationalen Beziehungen und Formen der Zusammenarbeit? Wie lassen sich die Demokratisierungsbestrebungen des Westens, die in den letzten zwei Jahrzehnten mit unterschiedlichem Eifer vorangetrieben wurden, in diese Konfliktkonstellation einordnen und bewerten? Und steht am Ende dieses Konflikts womöglich eine geteilte Welt, in der nur noch Regime gleichen Typs miteinander kooperieren?

Planspiele

Hybrider Konflikt im postsowjetischen Raum

Ein interaktives Rollenspiel zum Transnistrien-Konflikt (halbtägig)

Siehe Seite 9.

Die Verteidigung Europas

Eine Simulation gemeinsamer europäischer Sicherheitspolitik (halbtägig)

Siehe Seite 14.



HAUS RISSEN
HAMBURG
DEMOKRATIE BRAUCHT RAUM